

Antrag

der AfD-Fraktion

Gesellschaftliche und politische Anerkennung der Erziehungsleistungen von Müttern

Die klassische Familie aus Vater, Mutter und Kindern hat als Grundpfeiler unserer Gesellschaft seit jeher eine wichtige Bedeutung für unser Miteinander. Sie ist auf die Weitergabe von Leben ausgerichtet und schafft das Fundament für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie wird im besonderen Maße der Natur des Menschen gerecht, der zur Gemeinschaft bestimmt ist und auf Liebe, Fürsorge, Erziehung und Pflege angewiesen ist. Die einen entscheiden sich dafür, nach der Geburt frühzeitig wieder ins Arbeitsleben einzusteigen. Aber es gibt auch viele Eltern, die gerne nach der Geburt die Erziehung zu Hause vornehmen und sich der Familie widmen, was heutzutage von den wenigsten so lange gelebt werden kann, wie sie es eigentlich gerne möchten. Mütter und Väter, die ihre Kinder gern länger selbst betreuen möchten, werden häufig als rückständig und reaktionär diffamiert.

Der Landtag stellt fest:

1. In Deutschland und im Land Brandenburg werden seit Jahrzehnten zu wenig Kinder geboren. Es gibt deutlich mehr Sterbefälle als Geburten. Sowohl im Land Brandenburg als auch in der ganzen Bundesrepublik gab es im Jahr 2021 einen Rekord-Sterbeüberschuss (-18 367 bzw. -228 206), wobei die Sterbezahlen im Land Brandenburg beinahe doppelt so hoch wie die Geburtenzahlen waren.¹
2. Frauen, die sich für die selbstständige Erziehung ihrer Kinder bzw. für eine Rolle als Vollzeitmutter entscheiden, werden häufig geringgeschätzt bzw. diskriminiert und erfahren nicht die gesellschaftliche Anerkennung, die ihnen zusteht. Gleiches gilt auch für Väter, die sich für längerfristige Erziehungszeiten zu Hause entscheiden.
3. Eine aktive Familienförderung ist Politik im Sinne der gesamten Gesellschaft.

¹ Vgl. „Eheschließungen, Geborene und Gestorbene 1991 bis 2021 in Brandenburg“, in: <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/a-ii-1-j>, abgerufen am 08.02.2023; „Lebendgeborene, Gestorbene, Geburten-/Sterbeüberschuss (ab 1950)“, in: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/Tabellen/Irbev04.html#242408>, abgerufen am 08.02.2023.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zu starten, die für Familiensinn und die Gründung von Familien wirbt, den hohen sozialen Stellenwert von Müttern und Vätern betont und den großen Mehrwert und die Bedeutung von elterlichen Erziehungsleistungen für die Gesellschaft vermittelt. Ziel ist eine bessere gesellschaftliche Wertschätzung von Familien und der Kindererziehung.
2. sich aktiv gegen alle Formen der Diskriminierung von Erziehungsleistungen und insbesondere von Vollzeitmüttern und -vätern einzusetzen. Dies beinhaltet sowohl das Vorgehen gegen finanzielle Benachteiligungen auf allen politischen Ebenen als auch das Eintreten gegen mediale Abwertung des Vollzeit-Elterndaseins.
3. dem Landtag bis zum Ende des dritten Quartals dieses Jahres einen detaillierten Bericht darüber vorzulegen, wie (junge) Familien strukturell und finanziell besser unterstützt werden können und welche Initiativen oder Gesetzesänderungen auf welchen politischen Ebenen hierfür nötig sind.

Begründung:

Deutschland und das Land Brandenburg befinden sich auf dem Weg in eine demografische Katastrophe. Deutschland gehörte laut dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung „jahrzehntelang zu den Ländern mit dem niedrigsten Geburtenniveau“.² Deutschland hatte im Jahr 2021 eine weit unter dem bestandserhaltenden Niveau (2,1) liegende zusammengefasste Geburtenziffer von 1,58 Kindern je Frau.³ Im Land Brandenburg - vor Kurzem noch wenigstens führend im Bundesländervergleich, nun jedoch nur noch im Mittelfeld - sieht es mit 1,6 Kindern je Frau nicht viel besser aus.⁴ Angesichts dessen können sich weder Deutschland noch seine Gliedstaaten wie das Land Brandenburg kinder- und familienfeindliche Politik leisten. Abgesehen von der individuellen Erfüllung, welche die Erziehung von Kindern zumeist mit sich bringt, kann der gesellschaftliche Mehrwert der Entscheidung für eine Familie mit (möglichst vielen) Kindern also gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Familien werden in vielen Bereichen benachteiligt. Dies betrifft finanzielle Benachteiligungen wie z. B. die Schlechterstellung bei der Rente durch die Erziehungszeiten,⁵ hört aber hier nicht auf. Auch politisch-medial besteht häufig eine Geringschätzung gegenüber der Kindererziehung. Exemplarisch ist hier z. B. die Diffamierung von Betreuungsgeld als „Herdprämie“ zu nennen.⁶

² Vgl. „Fertilität“, in: <https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fertilitaet/Fertilitaet.html>, abgerufen am 07.02.2023.

³ Vgl. „Zusammengefasste Geburtenziffer nach Kalenderjahren“, in: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/geburtenziffer.html> (03.08.2022), abgerufen am 04.02.2023.

⁴ Vgl. ebd.

⁵ Vgl. „Kindererziehung in der Rente konsequent anerkennen – Eigenständige Elternrente einführen“, in: <https://www.verbaende.com/news/pressemitteilung/kindererziehung-in-der-rente-konsequent-anerkennen-eigenstaendige-elternrente-einfuehren-148994/> (07.07.2022), abgerufen am 07.02.2023

⁶ Vgl. „Schafft die Herdprämie ab!“, in: <https://www.stern.de/politik/deutschland/ein-jahr-betreuungsgeld-schafft-die-herdpraemie-ab--3956698.html> (28.07.2014), abgerufen am 07.02.2023.

Verstörend ist auch das medial nun häufig vorgenommene Porträtieren von Kindern als „Klimakiller“.⁷ Insbesondere Mütter, die sich auf die so wichtige Kindererziehung konzentrieren wollen, sehen sich mittlerweile teils offenen Anfeindungen ausgesetzt. Besonders verwerflich ist, wenn Derartigem sogar im öffentlich-rechtlichem Rundfunk eine Bühne geboten wird, wie z. B. - als Satire getarnt - im Rahmen der ARD-Sendung „Die Carolin Kebekus Show“, in der versucht wurde, sich über US-amerikanische Hausfrauen lustig zu machen.⁸ Geradezu lebensfeindlich und frauenverachtend ist es, dass sogar schon regelrechte Werbevideos für die Sterilisation junger Frauen auf Gebührenzahlerkosten produziert und an eine junge Zielgruppe gerichtet wurden.⁹

Das Land Brandenburg darf dies nicht mehr achselzuckend hinnehmen. Familien mit Kindern und insbesondere Mütter, die sich mit Liebe um ihren Nachwuchs kümmern, dürfen nicht zunehmend verspottet werden, sondern müssen die gesellschaftliche und politische Wertschätzung erfahren, die ihnen zusteht. Die Landesregierung sollte deshalb eine Kampagne starten, die zu dieser Wertschätzung beiträgt, und sich offen gegen die beschriebene Diskriminierung stellen sowie noch tiefer gehende Maßnahmen, mit entsprechenden Forderungen an die Bundesebene, vorlegen.

⁷ Vgl. „Klimakiller Nummer 1: Ein Kind schadet dem Klima mehr als 24 Autos“, in: <https://www.infranken.de/ueberregional/klimakiller-nummer-eins-ein-kind-schadet-klima-mehr-als-24-autos-art-2772257> (12.02.2020), abgerufen am 07.02.2023.

⁸ Vgl. „#tradwife - Die Carolin Kebekus Show | Carolin Kebekus“, in: <https://www.youtube.com/watch?v=dYjvnoAdN9E> (21.05.2020), abgerufen am 07.02.2023.

⁹ Vgl. „Kein Bock auf Kinder? So what!“, in: <https://www.youtube.com/watch?v=mao03V3udXU> (03.04.2020), abgerufen am 07.02.2023; „Sterilisation mit 22: Der Traum vom kinderlosen Leben | Y-Kollektiv“, in: https://www.youtube.com/watch?v=U_gjM3Hca9E (22.09.2022), abgerufen am 07.02.2023; „Weibliche Sterilisation – Junge Frauen ohne Kinderwunsch fordern mehr Selbstbestimmung“, in: <https://www.youtube.com/watch?v=cCUwWeD47qo> (21.11.2019), abgerufen am 07.02.2023.